

Herzlich willkommen!



Integration. Mehr als 110.000 geflüchtete Kinder und Jugendliche aus der Ukraine besuchen bereits eine deutsche Schule. Für das hiesige Bildungssystem ist das eine echte Herausforderung, denn an vielen Schulen herrscht Lehrermangel. Laut IW sind bis zu 20.000 zusätzliche Lehrkräfte nötig, um die Integration der ukrainischen Schulkinder zu meistern. Ein kleiner Lichtblick: Viele der Ukrainerinnen und Ukrainer, die vor dem Krieg nach Deutschland kamen, sind Lehrer. Um hier in ihrem Job arbeiten zu können, benötigen sie eine formale Anerkennung ihres beruflichen Abschlusses, sagt Anika Jansen vom Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung im iwd-Interview. —> [Seiten 2-5](#)

Ressourceneffizienz

Für den Klimaschutz muss auch die Baubranche vermehrt auf recycelte Rohstoffe setzen. Eine Steuer auf Primärbaustoffe wäre allerdings nur bedingt zielführend.

—> [Seiten 6-7](#)

Reisebranche

Airlines und Hotelbesitzer hoffen im Sommer 2022 auf viel mehr Gäste. Sorgen bereiten der Branche jedoch die Energiepreise und Personalengpässe.

—> [Seiten 8-9](#)

Bis zu 20.000 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer nötig

Integration. Um die ukrainischen Kinder und Jugendlichen angemessen unterrichten zu können, braucht es an Deutschlands Schulen viele neue Lehrer. Einen Teil dieses Bedarfs könnten die Flüchtlinge aus der Ukraine decken, denn in der Vergangenheit kamen verhältnismäßig viele Lehrkräfte aus diesem Land hierher.

Für die mehr als 700.000 ukrainischen Kriegsflüchtlinge, die das deutsche Ausländerzentralregister Mitte Mai zählte, dürfte die Integration in ihrem Gastland wohl zunächst zweitrangig sein. Doch da viele mit Kindern kommen – rund 40 Prozent der ukrainischen Flüchtlinge sind minderjährig –, stellt sich recht schnell die Frage danach, wie es in Deutschland weitergehen soll:

Mitte Mai 2022 besuchten bereits mehr als 113.000 aus der Ukraine

geflüchtete Kinder und Jugendliche eine deutsche Schule.

Fest steht: Um einen angemessenen Unterricht angesichts der vielen zusätzlichen Schülerinnen und Schüler zu gewährleisten, braucht Deutschland mehr Lehrer.

Wie viele exakt nötig sind, hat das Institut der deutschen Wirtschaft für zwei Szenarien berechnet: Einmal für den Fall, dass 3,5 Prozent der rund 7,5 Millionen ukrainischen Kinder und Jugendlichen nach Deutschland

kommen – das wären dann 261.000 Minderjährige. Im zweiten Fall wird der Bedarf bei einer Fluchtquote von 5 Prozent – also für 373.000 minderjährige Flüchtlinge – definiert. Das Ergebnis (Grafik):

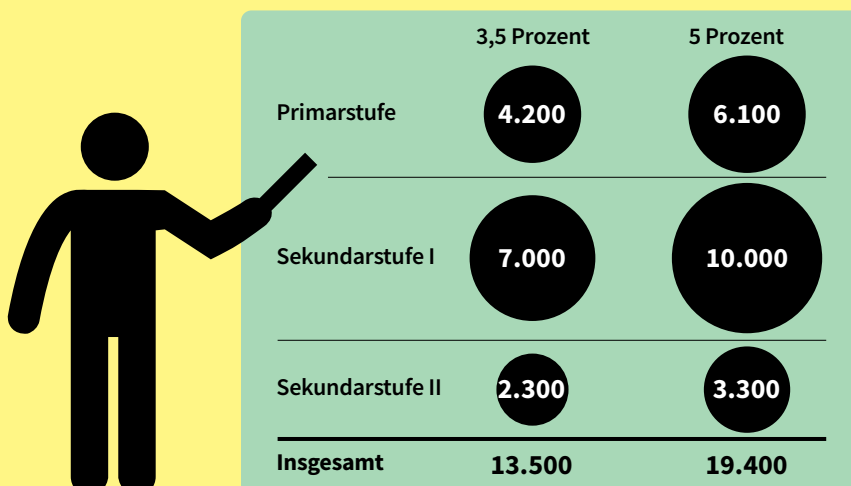
Wenn 3,5 Prozent der ukrainischen Kinder und Jugendlichen nach Deutschland flüchten, sind 13.500 zusätzliche Lehrer nötig, wenn 5 Prozent kommen, sind 19.400 mehr Lehrer erforderlich als bisher.

Wenn man dann noch berücksichtigt, dass zugewanderte Kinder und Jugendliche zunächst eine besondere Förderung brauchen und für derartige Willkommensklassen eine Relation von nur 15 Schülerinnen und Schülern je Lehrkraft sinnvoll ist, erhöht sich der Bedarf an zusätzlichen Pädagogen entsprechend: nämlich auf 20.200 beziehungsweise 28.900.

Ähnlich ist die Situation in den Kitas, auch hier braucht es zusätzliche Betreuungskräfte aufgrund der ukrainischen Flüchtlingskinder. In den beschriebenen Zuzugsszenarien ergibt sich ein zusätzlicher Bedarf an Kitapersonal von 11.400 beziehungsweise 16.300 Personen, vorausgesetzt, dass ukrainische Eltern im selben Ausmaß auf Betreuungsangebote für ihren unter fünfjährigen Nachwuchs zurückgreifen wie deutsche Eltern.

Ukrainische Flüchtlinge: Deutschland braucht mehr Lehrer

So viele zusätzliche Lehrer wären nötig, wenn 3,5 bzw. 5 Prozent der Kinder und Jugendlichen aus der Ukraine nach Deutschland flüchteten



Zusätzliche Lehrer: in Vollzeitäquivalenten bei den aktuellen Betreuungsbedingungen
 Quellen: Kultusministerkonferenz, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2022 IW Medien / iwd

Mit Lehramtsstudenten und angehenden Erziehern ist dieser Bedarf kurzfristig nicht zu decken. Deshalb wäre es sinnvoll, pensionierte Lehrer und Erzieher im Ruhestand für eine Rückkehr an Kitas und Schulen zu gewinnen. Darüber hinaus könnte man auch jene geflüchteten erwachsenen Ukrainer, die über die nötige Qualifikation und deutsche Sprachkenntnisse verfügen, an deutschen Schulen und Kindergärten einstellen. Denn zum einen will ein Großteil der Flüchtlinge aus der Ukraine in Deutschland arbeiten, zum anderen bringen viele von ihnen genau die richtigen Ausbildungsabschlüsse mit, wie eine Auswertung des Kompetenzzentrums Fachkräfte-sicherung zeigt (Grafik):

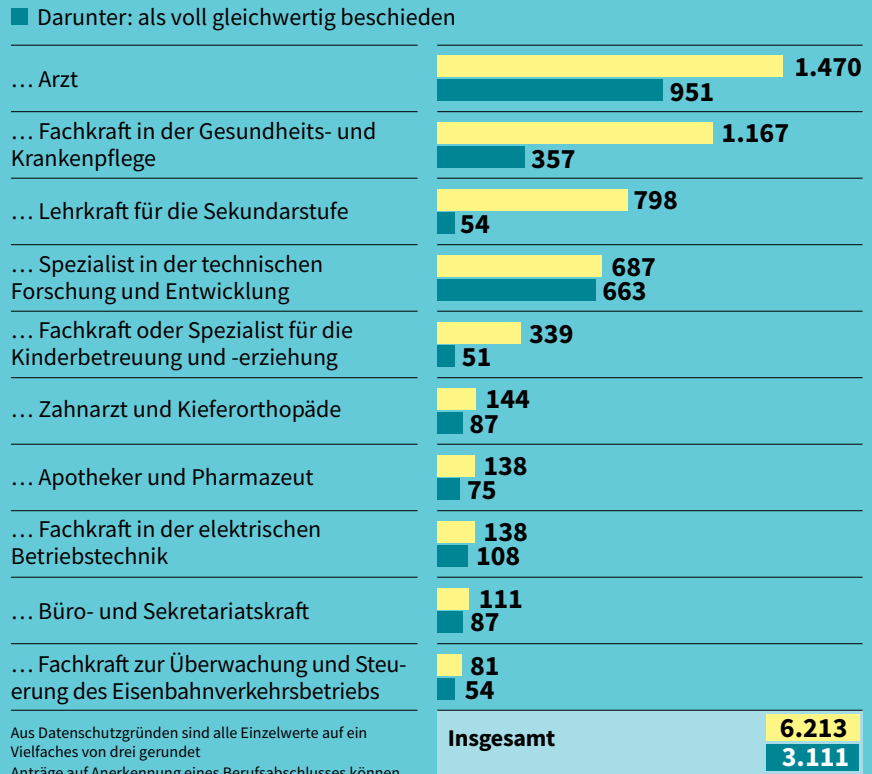
Von 2016 bis 2020 erhielten knapp 800 ukrainische Lehrkräfte der Sekundarstufe einen Bescheid auf Anerkennung ihres Berufsabschlusses in Deutschland – mehr Anträge stellten nur Ärzte und Pfleger mit einem ukrainischen Abschluss.

Zwar wurden lediglich 54 der Anträge von Lehrern von den deutschen Behörden als gleichwertig eingestuft, doch beachtliche 645 Anträge wurden als teilweise gleichwertig beschieden – das heißt, nach erfolgreicher Nachqualifikation kann die volle Anerkennung erfolgen.

Viele der Ukrainerinnen und Ukrainer, die sich zwischen 2016 und 2020 um die Anerkennung ihres Abschlusses in Deutschland bemühten, sind auch in der Kinderbetreuung und -erziehung ausgebildet: Diese Berufsgruppe rangiert mit 339 Bescheiden auf Platz fünf der ukrainischen Antragsteller. Zwar waren auch hier nur 51 Bescheide voll gleichwertig und ermöglichten so einen unmittelbaren Berufseinstieg in Deutschland, doch 129 Bescheide wurden als teilweise gleichwertig eingestuft, sodass nach einer Nach-

Ukrainer: Viele Ärzte, Krankenpfleger und Lehrer

So viele Anträge von Ukrainerinnen und Ukrainern auf Anerkennung ihres Berufsabschlusses als ... wurden zwischen 2016 und 2020 in Deutschland beschieden



Aus Datenschutzgründen sind alle Einzelwerte auf ein Vielfaches von drei gerundet
Anträge auf Anerkennung eines Berufsabschlusses können als voll gleichwertig, teilweise gleichwertig oder nicht gleichwertig beschieden werden

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

schulung oder -qualifizierung der Berufsausübung in Deutschland nichts mehr im Wege steht.

Die Zahl der Anträge von Ukrainerinnen und Ukrainern auf Anerkennung ihres Berufsabschlusses mag marginal wirken angesichts des Fachkräftebedarfs in Deutschland. Doch man darf eines nicht vergessen:

Diese Anträge sind vor dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs gestellt worden – aufgrund der Flüchtlingsbewegungen werden die Anträge auf Berufsanerkennungen also rasant steigen.

Zudem zeigt die Auswertung, dass viele Ukrainer, die bereits vor dem Krieg in Deutschland lebten, gut in den deutschen Arbeitsmarkt integriert sind: Viele arbeiten in qualifizierten Jobs als Fachkraft oder auf

Expertenniveau. Von den 47.000 Personen mit ukrainischer Nationalität, die im Jahr 2020 in Deutschland sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren, arbeiteten rund 20 Prozent auf dem Niveau von akademisch qualifizierten Experten, knapp 12 Prozent als Spezialisten mit einem Fortbildungs- oder Bachelorabschluss, gut 43 Prozent auf Fachkräfteniveau und weniger als 25 Prozent in Helfer- oder Anlernertätigkeiten.

IW-Report 25/2022

Dirk Werner et al.: Integration durch berufliche Anerkennung für Geflüchtete aus der Ukraine
iwkoeln.de/berufliche_erkennung

IW-Report 30/2022

Wido Geis-Thöne: Mögliche Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine im deutschen Bildungssystem
iwkoeln.de/kapazitaetsbedarfe

Interview. Rund die Hälfte der ukrainischen Flüchtlinge in Deutschland möchte gerne arbeiten. Rein rechtlich können sie das auch ohne Weiteres. Warum es dennoch sinnvoll ist, dass Geflüchtete zunächst einen Antrag auf Anerkennung ihrer ausländischen Berufsabschlüsse stellen, erklärt **Anika Jansen**, Economist beim Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung (KOFA).



Foto: Julia Haack/KOFA

„Integration ist nun mal kein Selbstläufer“

Viele Ukrainerinnen und Ukrainer verfügen über berufliche Qualifikationen, die in Deutschland sehr gefragt sind. Löst der Angriffskrieg Putins unser Fachkräfteproblem?

Nein, ich glaube nicht, dass wir so unser Fachkräfteproblem lösen. Die meisten Menschen aus der Ukraine kommen ja hierher, weil sie vor dem Krieg flüchten – da steht zuallererst die humanitäre Hilfe im Vordergrund. Vielfach ist auch gar nicht klar, wie lange die Menschen aus der Ukraine bleiben wollen. Manche gehen bereits jetzt schon wieder zurück.

Für diejenigen, die ein bisschen länger bleiben wollen, braucht es allerdings berufliche Perspektiven. Von den ukrainischen Zuwanderern,

die vor dem Krieg nach Deutschland gekommen sind, wissen wir, dass sie oftmals in Berufen arbeiten, die hierzulande einen hohen Fachkräftemangel aufweisen. Sie haben also vergleichsweise gute Chancen, sich auf dem deutschen Arbeitsmarkt zu integrieren.

Wie viele der ukrainischen Flüchtlinge wollen denn länger bleiben?

Das ist nicht bekannt. Bislang sind rund 700.000 Geflüchtete aus der Ukraine nach Deutschland gekommen, doch wenn sie zurückkehren und sich nicht abmelden, wird das nicht erfasst. Man weiß jedoch aus einer Befragung des Bundesinnenministeriums vom März 2022, dass 52 Prozent der erwachsenen Geflüchteten aus der Ukraine

gerne einer Beschäftigung nachgehen wollen.

Sie empfehlen ukrainischen Flüchtlingen, sich ihre Ausbildung oder ihren Berufsabschluss in Deutschland formal anerkennen zu lassen, damit sie hier einer Arbeit entsprechend ihrer Qualifikation nachgehen können. Wie sinnvoll ist das, wenn viele so schnell wie möglich zurück in ihre Heimat wollen?

Wir haben viele reglementierte Berufe in Deutschland, in denen man sich den ausländischen Abschluss anerkennen lassen muss, sonst darf man in diesem Beruf gar nicht arbeiten. Das gilt beispielsweise für den Gesundheitssektor und die Kindererziehung. Viele Handwerksberufe sowie Berufe in der Industrie

und im kaufmännischen Bereich sind dagegen nicht reglementiert, hier kann jemand also grundsätzlich auch dann arbeiten, wenn er keinen anerkannten Abschluss dafür hat. Aber die Chancen, in solchen nicht reglementierten Berufen zu arbeiten, erhöhen sich natürlich trotzdem, wenn man die Anerkennung dafür vorweisen kann.

Wie funktioniert die Anerkennung im Detail?

Die deutschen Kammern prüfen genau, ob die Inhalte der Ausbildung in der Ukraine den Inhalten der Ausbildung in diesem Beruf in Deutschland entsprechen.

Trotz vollwertiger beruflicher Anerkennung verdienen ausländische Fachkräfte in Deutschland im Schnitt erst nach sieben Jahren so viel wie ihre deutschen Kollegen. Woran liegt das?

Das liegt in erster Linie an sprachlichen Problemen. Deutsche Sprachkenntnisse sind entscheidend für die Integration. Bei gleichem Bildungsstand und gleichen Sprachkenntnissen gibt es keinen Lohnunterschied mehr zwischen ausländischen und deutschen Fachkräften.

Wie viele der Flüchtlinge aus der Ukraine sprechen denn Deutsch?

Laut Befragung des Innenministeriums sehr wenige: 4 Prozent sprechen demnach gut Deutsch, 5 Prozent ausreichend. Eine Mehrheit von 63 Prozent spricht gar kein Deutsch.

Wie lange dauert es erfahrungsgemäß, bis ein Ausländer ohne Deutschkenntnisse die deutsche Sprache so gut spricht, dass er hier problemlos beschäftigt werden kann?

Das ist sehr unterschiedlich. Es gibt sprachbegabte Leute, die können nach einem Jahr schon so gut Deutsch sprechen, dass sie in einem deutschen Unternehmen

recht gut zurechtkommen. Bei anderen kann das auch länger dauern. Doch auch die Betriebe können sich öffnen und mehr verschriftlichte Arbeitsanweisungen, Einführungsseminare oder Trainings auf Englisch anbieten. Und zu guter Letzt kommt es auch auf den Beruf an: Im Gesundheits- oder Erziehungsbereich, wo man viel mit Menschen sprechen muss, ist die Beherrschung der deutschen Sprache elementar, während es im handwerklichen Bereich nicht ganz so schlimm ist, wenn ein ausländischer Mitarbeiter selbst nicht so gut deutsch sprechen kann, er aber versteht, was gesagt wird.

Es kommen vor allem Frauen und Kinder aus der Ukraine hierher. Wenn Mütter arbeiten wollen, geht das nur, wenn die Kinder gut versorgt sind. Es gibt aber schon jetzt zu wenige Kitaplätze in Deutschland.

Die Herausforderung wird auf jeden Fall größer durch die ukrainischen Kinder, denn in der Kinderbetreuung hat Deutschland die größte Fachkräftelücke, hier fehlen also die meisten Leute. Andererseits kommen mit den Flüchtlingen auch einige Fachkräfte, die in der Kinderbetreuung oder im Erziehungssektor gearbeitet haben. In der Vergangenheit rangierten diese Berufe immerhin auf Platz fünf bei den Ukrainerinnen und Ukrainern, die in Deutschland einen Antrag auf Anerkennung ihres Berufsabschlusses gestellt haben.

Auch an den Schulen sieht es nicht viel besser aus. Durch die Aufnahme ukrainischer Schülerinnen und Schüler ins Schulsystem braucht Deutschland mindestens 13.500, womöglich sogar 20.000 zusätzliche Lehrer. Wo sollen die so schnell herkommen?

Ja, wir haben in Deutschland einen Lehrermangel. Aber auch die-

sen Beruf bringen viele Ukrainerinnen und Ukrainer mit – bei den Anerkennungszahlen, die wir für die Jahre 2016 bis 2020 ausgewertet haben, stehen Lehrkräfte der Sekundarstufe auf Platz drei. Trotzdem kommen unterm Strich zu wenige, um unser Fachkräfteproblem zu lösen.

Ist Deutschland unter diesen Umständen überhaupt bereit, diese Integrationsleistung hinsichtlich der geflüchteten Kinder und auch der geflüchteten Erwachsenen zu erbringen?

Beim KOFA gucken wir uns in erster Linie die betriebliche Seite an. Viele Betriebe in Deutschland leiden unter einem großen Fachkräftemangel und deshalb sollten sie, wenn sie internationale Fachkräfte beschäftigen wollen, auch offen und flexibel sein und zum Beispiel in Meetings oder Handreichungen auch mal die englische Sprache einsetzen, wenn es möglich ist. Das können Unternehmen in den Niederlanden oder Dänemark besser, was einfach daran liegt, dass dort viel selbstverständlicher Englisch gesprochen wird.

Hinzu kommt, dass die Rekrutierung von internationalen Arbeitskräften nicht am ersten Arbeitstag aufhört. Die neuen Mitarbeiter müssen auch sozial integriert werden, dafür braucht es eine besondere Firmenkultur, wo die Mitarbeiter beispielsweise regelmäßig etwas miteinander unternehmen. Sinnvoll ist es auch, Mentoren zu stellen, die sich um die ausländischen Mitarbeiter kümmern. Hilfreich ist überdies, wenn die Firma auch Familienangehörige bei Dingen wie der Kinderbetreuung oder der Wohnungssuche unterstützt. Hier tut sich zwar schon einiges in den deutschen Betrieben, aber da ist noch Luft nach oben. Integration ist nun mal kein Selbstläufer.

Recycling im Bau

Ressourceneffizienz. Im Zuge des Klimaschutzes ist in allen Wirtschaftsbereichen ein möglichst effizienter Rohstoffeinsatz geboten. Auch die Baubranche als ressourcenintensiver Sektor muss vermehrt auf Recycling setzen. Um dies zu gewährleisten, steht immer mal wieder die Einführung einer Steuer auf Neumaterial im Raum – diese ist aber nicht unbedingt zielführend, wie die Erfahrung aus anderen Ländern zeigt.

Jedes Jahr fallen in Deutschland große Abfallmengen an – mehr als die Hälfte davon sind Bau- und Abbruchabfälle. Der Bausektor hat damit einen beträchtlichen Einfluss auf die Ökobilanz. Der Klimawandel erfordert allerdings einen schonenden und möglichst effektiven Umgang mit Ressourcen – erst recht im Bausektor als ressourcenintensivster deutscher Wirtschaftszweig.

Grundsätzlich wird der Baustoffbedarf in Deutschland durch den inländischen Rohstoffabbau und Importe gedeckt. Der Abbau von Bau- und Industriemineralien ist in den vergangenen 30 Jahren zwar zurückgegangen, macht aber nach wie vor den größten Anteil am gesamten Rohstoffabbau aus (Grafik):

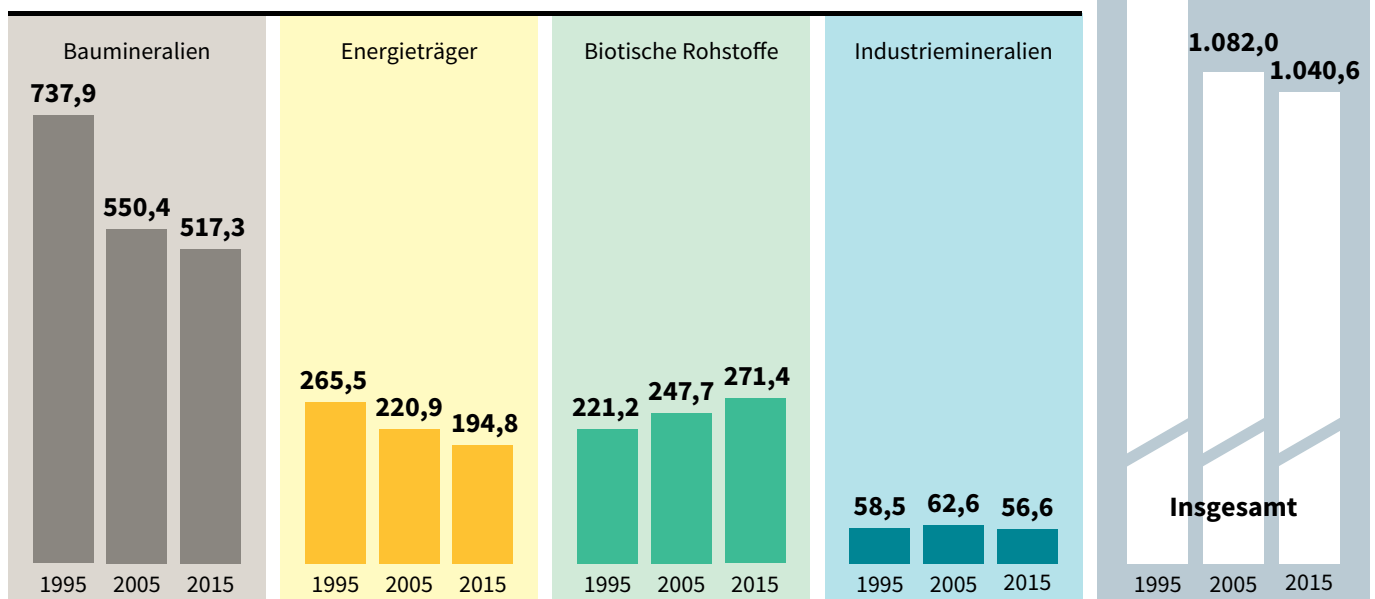
Rund 55 Prozent der im Jahr 2015 in Deutschland abgebauten

Rohstoffe waren Bau- und Industriemineralien.

Im Jahr 1995 lag der Anteil noch bei 62 Prozent. Der Abbau von Energieträgern wie Erdgas oder Kohle hat sich seitdem ebenfalls reduziert. Auf der anderen Seite werden mehr biotische, also nachwachsende Rohstoffe abgebaut. Diese werden – wie zum Beispiel Holz – auch im Bausektor eingesetzt.

Rohstoffabbau in Deutschland geht zurück

So viele Millionen Tonnen dieser Rohstoffe wurden in Deutschland abgebaut

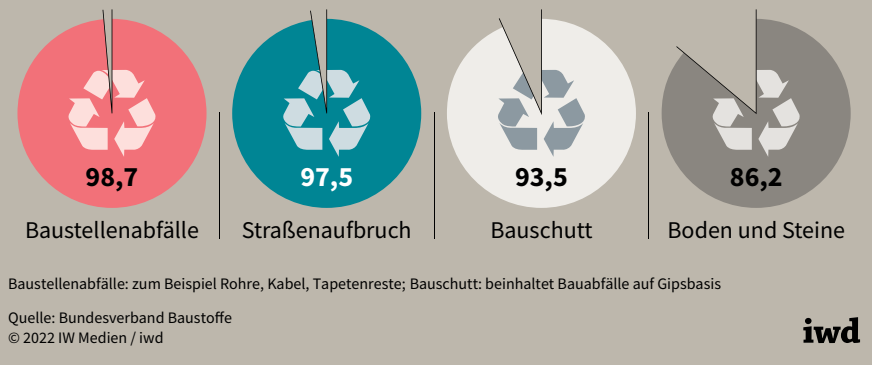


Rest zu insgesamt: Erze

Quellen: Statistisches Bundesamt, Umweltbundesamt
© 2022 IW Medien / iwd

Viele Bauabfälle werden recycelt

So viel Prozent dieser mineralischen Bauabfälle wurden 2018 in Deutschland wiederverwertet



Doch wie lässt sich der Verbrauch von Bau- und Industriemineralien weiter reduzieren? Der wichtigste Ansatzpunkt zum schonenden Umgang mit Ressourcen ist die Art der genutzten Baustoffe. So ist es wünschenswert, dass in der Produktion stärker auf Sekundär- statt Primärbaustoffe zurückgegriffen wird, also auf recyceltes statt auf neues Material. Dadurch kann der Materialeinsatz reduziert und die Bauwirtschaft insgesamt nachhaltiger werden.

Ausgangsstoffe für das Baustoffrecycling sind die sogenannten mineralischen Abfälle, von denen 2018 in Deutschland fast 219 Millionen Tonnen anfielen. Die Verwertungsquoten unterscheiden sich je nach Abfallkategorie, sind aber insgesamt sehr hoch (Grafik):

Fast 99 Prozent der Baustellenabfälle und rund 98 Prozent des Straßenaufbruchs wurden 2018 in der Bundesrepublik recycelt.

Von den unter dem Begriff Boden und Steine zusammengefassten Materialien, die knapp 60 Prozent der gesamten mineralischen Bauabfälle ausmachen, wurden immerhin rund 86 Prozent recycelt.

Mit den Recyclingquoten rangiert Deutschland auch im internationalen

Vergleich in der Spitzengruppe. Allerdings ist die Menge an Recycling-Baustoffen, die in der Asphalt- und Betonherstellung eingesetzt wird, vergleichsweise gering.

Um Sekundärbaustoffe in diesem Bereich wettbewerbsfähiger zu machen, wird immer wieder diskutiert, ob man die Nutzung der Ressourcen durch staatliche Eingriffe steuern sollte. So wird zuweilen eine Primärbaustoffsteuer gefordert – nach dem Motto: Wer nicht ausreichend auf recycelte Rohstoffe setzt, muss mehr zahlen. Durch die Steuer sollen Innovationsanreize für umweltfreundliche Technologien gesetzt und die Nutzung recycelter Baustoffe angekurbelt werden.

Allerdings könnte eine solche Steuer zu unerwünschten Nebeneffekten führen: Sie könnte eingepreist werden und damit die Preise von Neubauten erhöhen oder dazu führen, dass es für Produzenten günstiger ist, Neumaterial aus dem Ausland zu importieren. Die Erfahrungen aus Ländern, in denen die Steuer bereits greift, zeigen zudem:

Die umweltpolitische Wirkung einer Primärbaustoffsteuer ist nicht eindeutig.

In Großbritannien, wo die Steuer seit 2002 gilt, konnte die steigende

Nachfrage nach Baustoffen danach nur bedingt durch Recycling kompensiert werden: Zwischen 2010 und 2018 stieg der Absatz von recycelten und sekundären Baustoffen zwar um 16 Prozent, der Markt wuchs aber schon vor Einführung der Steuer kontinuierlich. Dagegen stieg der Absatz von Primärbaustoffen im gleichen Zeitraum mit gut einem Drittel um einiges mehr.

In Schweden, das bereits seit 1996 Naturkies besteuert, verlagerten sich die Schwerpunkte in der Produktion und beim Einsatz von mineralischen Primärbaustoffen anschließend von Naturkies zu Schotter, ohne den Markt für recycelte Baustoffe nachhaltig zu stärken.

Auch in anderen Ländern wie Dänemark oder Italien ist eine zielführende Wirkung der Primärbaustoffsteuer nicht eindeutig zu belegen. Die Bundesregierung sollte mögliche Effekte einer Steuer vor ihrer Einführung also eingehend prüfen und deren mögliche Vor- und Nachteile gegenüber anderen, eventuell besser geeigneten Instrumenten abwägen.

Eine dauerhaft erhöhte Nutzung von recycelten Materialien ist nur möglich, wenn transparente und konkurrenzfähige Märkte mit einheitlichen Qualitätsstandards zur Klassifikation, zum Vertrieb und zum Einsatz von Sekundärrohstoffen geschaffen werden – ein erster Ansatzpunkt ist hier das Überarbeiten der abfallrechtlichen Rahmenbedingungen.

Weitere wirkungsvolle Instrumente könnten Informationskampagnen sein, um die Akzeptanz von recycelten Materialien zu steigern. Zielführend wäre es auch, wenn der Staat die Forschung und Entwicklung im Bereich von alternativen Baustoffen fördert, um ressourcenschonende und kreislaforientierte Produktdesigns zu stärken.

Erholung in Sicht

Reisebranche. Millionen Menschen wollen nach zwei Jahren Pandemie ihren ausgefallenen oder verschobenen Urlaub nachholen – die Reiselust ist demzufolge groß. Das freut sowohl Airlines als auch Hotelbesitzer. Die Aussichten für 2022 sind zwar gut, doch steigende Energiepreise und Personalengpässe treiben vor allem der Flugbranche Sorgenfalten auf die Stirn.

Ob Norwegen, Neapel oder Nordseeküste, die Deutschen möchten 2022 endlich wieder ihre Koffer packen und auf Reisen gehen. Unsicherheit und Einschränkungen durch Corona lassen nach, Reiselust und Fernweh nehmen zu. Eine Umfrage der Stiftung für Zukunftsfragen zeigt:

Rund 60 Prozent der befragten Bundesbürger haben vor, im Jahr 2022 zu verreisen – ein Großteil davon innerhalb Europas.

Etwa 14 Prozent planen eine Fernreise, 16 Prozent sind noch unentschieden.

An den deutschen Flughäfen wird es diesen Sommer demnach vermutlich wieder voller. Der Sommerflugplan, der die Zusammenstellung aller planmäßigen Flüge von, in und nach Deutschland von Ende März bis Ende Oktober beinhaltet, ist nach Angaben des Bundesverbands der Deutschen Luftverkehrswirtschaft (BDL) im

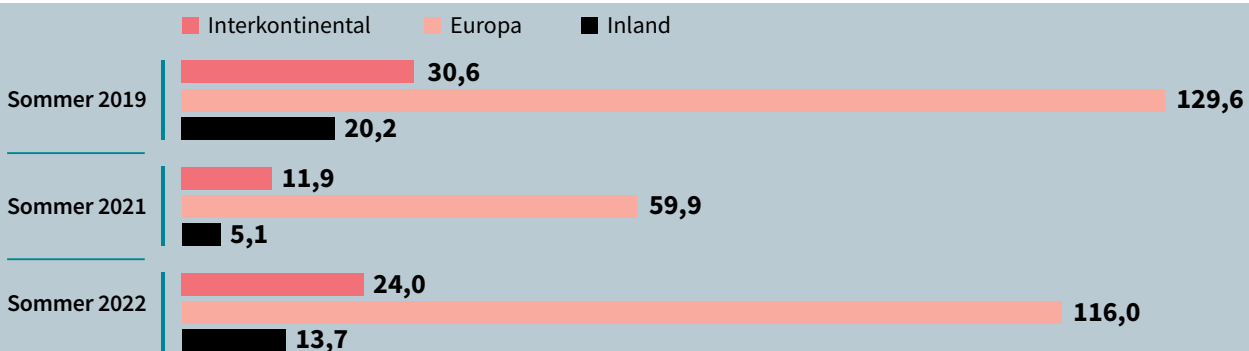
Vergleich zu vergangenem Jahr gut gefüllt (Grafik):

Im Sommer 2021 wurden nicht einmal halb so viele Sitzplätze angeboten wie im Sommer 2019. Inzwischen hingegen erreicht das Sitzplatzangebot wieder 85 Prozent des Vorkrisenniveaus.

Vor allem das Flugangebot nach und von Europa wurde ausgeweitet, die Zahl der verfügbaren Sitzplätze liegt mit knapp 90 Prozent wieder fast auf dem Level von 2019. Bei den

Luftverkehr: Frischer Wind unter den Flügeln

So viele Millionen Sitzplätze wurden auf Flügen von, nach und innerhalb Deutschlands angeboten



Sommer: Ende März bis Ende Oktober; Sommer 2022: Sommerflugplan 2022

Quellen: Bundesverband der Deutschen Luftverkehrswirtschaft, Cirium
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Interkontinentalflügen beträgt das Sitzplatzangebot in diesem Sommer immerhin 80 Prozent des Niveaus vom Vor-Corona-Jahr.

Angebot und Nachfrage sind also da. Doch was ist mit dem Personal an den Flughäfen und in den Flugzeugen? In der Pandemie mussten viele Branchen Mitarbeiter in Kurzarbeit schicken oder sogar ganz entlassen – so auch die Luftfahrt. Der Geschäftsbericht des Airline-Verbunds TUI aus dem Jahr 2021 zeigt:

Von September 2019 bis September 2021 sank die Beschäftigtenzahl der TUI-Airlines in Deutschland um rund 34 Prozent.

Etwa 4.000 TUI-Mitarbeiter verloren oder wechselten in diesem Zeitraum ihren Job – nicht ohne Konsequenzen für den Konzern, der nun vor der Herausforderung steht, Personalengpässe in der Hochsaison zu vermeiden.

Laut BDL sind die gestiegenen Treibstoffkosten eine weitere Herausforderung für die Branche:

Von März 2021 bis März 2022 stieg der Kerosinpreis von 80 auf 140 Dollar pro Barrel.

Ob Personalknappheit und steigende Treibstoffkosten letztendlich zu Flugausfällen, langen Wartezeiten und erhöhten Ticketpreisen führen, ist noch unklar.

Abgesehen von den Fluglinien geht es für die deutsche Reisebranche – vor allem im Beherbergungssektor – wieder steil bergauf. Die Übernachtungszahlen in Hotels oder Ferienwohnungen kratzen am Vorkrisenniveau (Grafik):

Nach Angaben des Statistischen Bundesamts verbuchten deutsche Beherbergungsbetriebe im März 25,1 Millionen Übernachtungen. Das waren fast dreimal so viele wie im März 2021 und nur knapp ein Viertel weniger als im März 2019.

Die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus dem Inland stieg im Vergleich zu März 2021 um 167 Prozent auf 21,8 Millionen, blieb aber noch immer um 19 Prozent unter dem Vorkrisenniveau.

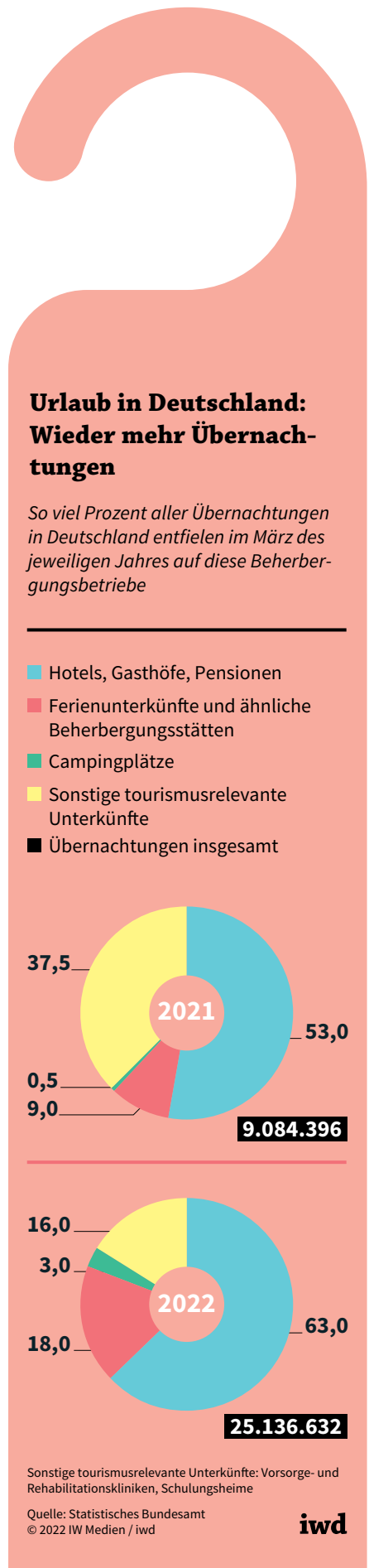
Schaut man sich die verschiedenen Beherbergungsarten genauer an, hat ein vermeintlich kleiner Wert besonders große Bedeutung:

Im März 2022 entfielen knapp 3 Prozent der Übernachtungen auf Campingplätze – im Jahr zuvor waren es nur 0,5 Prozent.

Camping ist zudem der einzige Beherbergungsbereich, der im März 2022 sogar mehr Übernachtungen zählte als im März 2019. Auch die Verkaufszahlen und Umsätze der Branche spiegeln den Trend zum Campingurlaub deutlich wider (siehe Seite 10).

Hotels und Ferienwohnungen hingegen klettern etwas langsamer an das Vorkrisenniveau heran. Während Hotels im März 2022 rund 29 Prozent weniger Übernachtungen als im März 2019 verbuchten, war die Zahl bei Ferienwohnungen im März 2022 etwa 12 Prozent niedriger als im März des Vorkrisenjahres.

Die deutschen Beherbergungsbetriebe blicken trotzdem optimistisch auf das Jahr 2022, vor allem auf den Sommer. Und das nicht nur wegen steigender Temperaturen und Sommerferien, sondern auch wegen des 9-Euro-Tickets, das jedem Bundesbürger erlaubt, von Juni bis August für 9 Euro im Monat mit dem Nahverkehr durch Deutschland zu reisen. Hotels, Ferienwohnungen und Campingplätze hoffen auf viele Gäste und darauf, dass der Trend zum Urlaub innerhalb der Landesgrenzen weiter anhält. Allein im Hamburger Verkehrsverbund wurden innerhalb des zwölf-tägigen Vorverkaufs bereits mehr als eine Million 9-Euro-Tickets verkauft.



#vanlife

Caravanning. Der Urlaub im Reisemobil und Wohnwagen liegt schon seit Jahren im Trend und ein Ende des Booms ist nicht in Sicht. Fast 14 Millionen Bundesbürger sind bekennende Camper.

Campen ist, anders lässt es sich nicht ausdrücken, ganz schön hip: Selbst komplette Kochbücher drehen sich mittlerweile um die Zubereitung von Speisen im Zelt und Wohnmobil, von den fast 13 Millionen Beiträgen unter #vanlife auf Instagram ganz zu schweigen.

Von der wachsenden Begeisterung der Bundesbürger für das Reisen im Freizeitfahrzeug profitiert die Branche schon länger: Seit acht Jahren meldet der Caravanning Industrie Verband (CIVD) einen Rekordumsatz nach dem anderen (Grafik):

Annähernd 14 Milliarden Euro setzte die deutsche Freizeitfahrzeugindustrie im Jahr 2021 um, das waren rund 12 Prozent mehr als im Vorjahr.

Besonders stark wuchs das Neugeschäft: So verkauften die Händler in Deutschland im vergangenen Jahr neue Reisemobile im Wert von knapp 6,4 Milliarden Euro (plus 15 Prozent) und neue Caravans für rund 1,1 Milliarden Euro (plus 24 Prozent).

Der Bestand an Wohnwagen und Wohnmobilen hat sich dementsprechend stark erhöht: Anfang 2020, also

vor Corona, waren in Deutschland annähernd 590.000 Reisemobile und 700.000 Caravans zugelassen, Anfang 2022 waren es bereits mehr als 767.000 Reisemobile und fast 740.000 Caravans.

Und ein Ende des Booms ist nicht in Sicht: In einer Studie für den CIVD hat das Meinungsforschungsinstitut Allensbach festgestellt, dass es aktuell 13,8 Millionen Campingurlauber in Deutschland gibt, von denen wiederum 1,2 Millionen konkrete Kaufabsichten für ein Freizeitfahrzeug in den nächsten ein bis zwei Jahren äußern.

Und was ist mit der Umwelt? Auch wenn der CO₂-Ausstoß von Wohnmobilisten in der Regel geringer ausfällt als von Hotel- und Kreuzfahrturlaubern – emissionsfrei unterwegs sind die meisten Camper nicht. Das Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg hat ausgerechnet, dass ein zweiwöchiger Skandinavienurlaub von zwei Personen, die mit dem Wohnmobil unterwegs sind, 1,5 Tonnen CO₂ verursacht. Dieselbe Destination mit einem Kreuzfahrtschiff kommt auf 2,8 Tonnen Kohlenstoffdioxid für zwei Reisende.

Erschwerend hinzu kommt, dass es bislang keine serienmäßige Produktion von vollelektrischen Reisemobilen gibt. Das hängt mit den zu geringen Reichweiten von E-Reisemobilen und dem Gewicht der E-Batterien zusammen: Die wiegen für Wohnmobile nämlich fast 800 Kilogramm und würden in der Regel das zulässige Gesamtgewicht von 3,5 Tonnen vieler Freizeitfahrzeuge überschreiten beziehungsweise die Zuladung minimieren. Der Knackpunkt: Autofahrer, die ihren Pkw-Führerschein im Jahr 1999 oder später gemacht haben, dürfen Wohnmobile nur dann lenken, wenn diese die 3,5-Tonnen-Gewichtsgrenze nicht überschreiten. Wiegt das Reisemobil mehr, ist ein Lkw-Führerschein nötig.

Aus diesem Grund setzt sich der CIVD über den europäischen Dachverband ECF für eine Gesetzesänderung in Brüssel ein, um den normalen Pkw-Führerschein auf Fahrzeuge bis 4,25 Tonnen zu erweitern. Eine Entscheidung darüber wird allerdings erst im Jahr 2024 erwartet.

Caravanning: Eine boomende Branche

So viele Milliarden Euro setzte die deutsche Freizeitfahrzeugindustrie im Jahr 2021 um

■ Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

Neufahrzeuge



7,5

16,1

Gebrauchtfahrzeuge



5,2

6,3

Zubehör



1,2

14,2

Insgesamt:

13,9

12,1

Quelle: Caravanning Industrie Verband
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Bedarf statt Verbrauch

Mietwohnungsmarkt. Künftig sollen Vermieter für einen Teil der CO₂-Emissionen zahlen, die beim Heizen ihrer Mietwohnungen entstehen. Dadurch will die Bundesregierung Vermieter dazu bringen, ihre Immobilien energetisch zu sanieren. Das entsprechende Stufenmodell ist eine gute Idee, die geplante Berechnungsgrundlage nicht.

Wenn es im Haus oder in der Wohnung zieht wie Hechtsuppe, kann das für Mieter schnell ins Geld gehen – vor allem, seit die Energiekosten stark gestiegen sind. Schließlich zahlen Mieter die Heizkosten meist selbst. Zumindest teilweise möchte die Ampelregierung das ändern: Jenen Anteil an den Heizkosten, der auf die neu eingeführte CO₂-Bepreisung entfällt, will sie nach einem Stufenmodell Mietern und Vermietern anteilig in Rechnung stellen. Das Konzept: Je besser die Wohnung isoliert ist, desto niedriger ist der Anteil der Vermieter – so soll er animiert werden, die Wohnung bestmöglich zu dämmen.

Das IW hat zusammen mit dem Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung in Essen (RWI) im Rahmen des Kopernikus-Projekts Ariadne untersucht, wie das Stufenmodell bei der Bevölkerung ankommt (Grafik):

Das CO₂-Kosten-Stufenmodell erfährt die größte Zustimmung bei Selbstnutzern und Mietern. Die meisten Vermieter wollen dagegen daran festhalten, dass der Mieter die kompletten Heizkosten zahlt.

Eine 50-50-Aufteilung der Kosten und die kompletten Lasten bei den Vermietern sind als Varianten dagegen nicht so beliebt.

Allerdings können sich auch unter den Vermietern immerhin fast 41 Prozent mit dem Stufenmodell anfreun-

den. Dieses hat viele Vorzüge, allerdings auch zwei zentrale Schwächen:

Erstens ist es nicht sinnvoll, anhand von Verbrauchswerten zu ermitteln, wie gut ein Gebäude gedämmt ist. Denn diese Werte hängen massiv vom individuellen Nutzungsverhalten sowie von der Zahl der Bewohner ab. Stattdessen bräuchte es einen einheitlichen, bedarfs- statt verbrauchsorientierten Energieausweis. Doch Bedarfsausweise sind im Vergleich zum Verbrauchsausweis aufgrund der höheren Kosten selten. Zudem sollte deren Berechnungsmethode stärker standardisiert werden.

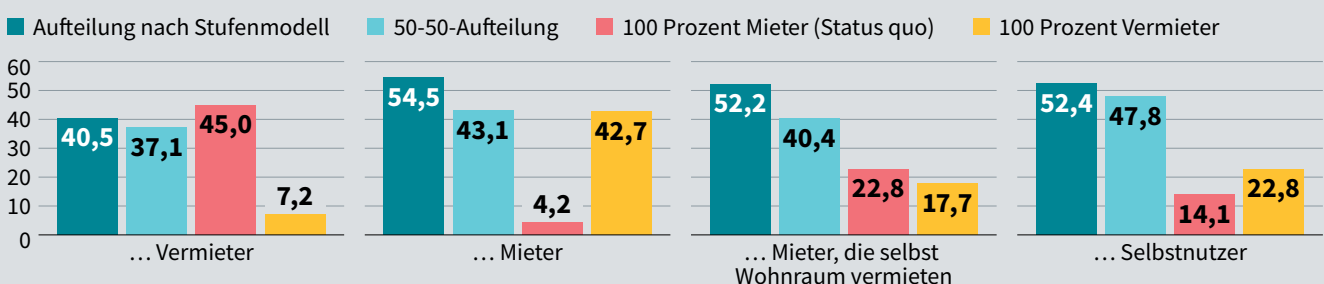
Zweitens benötigt es investitionsfreundliche Rahmenbedingungen inklusive Finanzierungsmöglichkeiten sowie Förderprogramme, damit sich Vermieter eine energetische Sanierung leisten können. Hier haben sich die Anreize durch die gestiegenen Energiekosten zuletzt zwar verbessert, aber da entsprechende Materialien und Fachkräfte rar sind, ist die Politik weiter gefordert, langfristig verlässliche Regelungen zu schaffen.

IW-Kurzbericht 43/2022

Ralph Henger et al.: CO₂-Kosten-Stufenmodell – richtige Logik, aber falsche Bemessung

CO₂-Kosten von Immobilien: Zahlen sollen die anderen

So viel Prozent der ... stimmen dem jeweiligen Modell zu, um die CO₂-Kosten des Heizens zwischen Mietern und Vermietern aufzuteilen



Mehrfachnennungen möglich
 Stufenmodell: abhängig von der Energieeffizienz (Isolierung) des Gebäudes; Befragung von 11.775 Personen im Frühjahr 2022
 Quellen: Wärme- und Wohnen-Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2022 IW Medien / iwd

Hunderttausende Fachkräfte fehlen

MINT-Frühjahrsreport. Noch nie seit Beginn der Erfassung im Jahr 2011 war der Mangel an MINT-Fachkräften in einem April so ausgeprägt wie in diesem Jahr. Ohne erste Erfolge bei der Zuwanderung wäre die Lücke sogar fast doppelt so groß ausgefallen.

Im April 2022 gab es in den MINT-Berufen – also in den Fachrichtungen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik – nahezu eine halbe Million unbesetzte Stellen. Gleichzeitig waren rund 180.000 Frauen und Männer mit einer Ausbildung oder einem Studium in einem MINT-Beruf arbeitslos. Daraus ergibt sich eine große Lücke (Grafik):

Im April 2022 fehlten gut 320.000 MINT-Arbeitskräfte – so viele wie nie zuvor in einem April seit 2011.

Mit fast 150.000 war der Engpass bei MINT-Facharbeitern, also Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung, am größten. Schaut man sich die einzelnen Berufsgruppen an, dann zeigen sich die größten Engpässe in den Energie-/Elektroberufen mit 82.500 und in den IT-Berufen mit 60.600 fehlenden Arbeitskräften. Auch in den Bauberufen und in den Berufen der Maschinen- und Fahrzeugtechnik gibt es große Engpässe. Wie ernst das Problem ist, verdeutlicht auch eine andere Zahl:

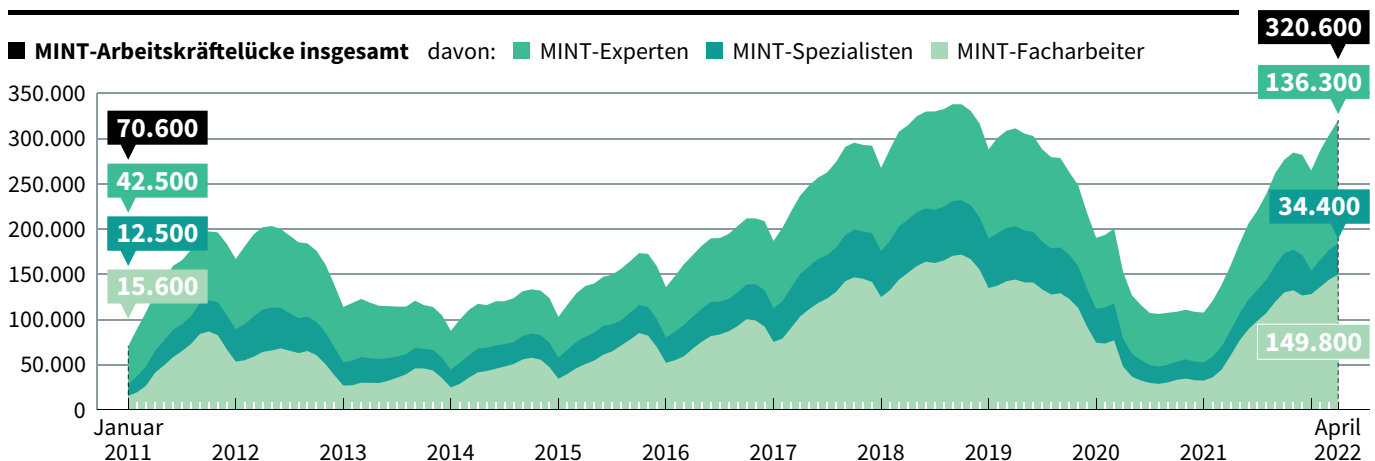
Ohne den Beschäftigungszuwachs durch ausländische MINT-Fachkräfte wäre die Fachkräftelücke mit mehr als 600.000 fast doppelt so groß.

Denn während die Zahl der deutschen Beschäftigten in MINT-Berufen vom vierten Quartal 2012 bis zum dritten Quartal 2021 nur um 7 Prozent gestiegen ist, nahm die Beschäftigung von Ausländern in MINT-Berufen im gleichen Zeitraum um rund 80 Prozent zu. In den kommenden Jahren wird der Bedarf an MINT-Kräften vor allem durch drei Entwicklungen geprägt:

- **Demografie.** Bis zum Jahr 2024 gehen jedes Jahr rund 274.000 MINT-Facharbeiter in Rente, von 2025 bis 2029 steigt der jährliche Ersatzbedarf auf 291.900. Dem steht allerdings nur ein jährliches Neuangebot an MINT-Fachkräften von 130.000 bis 140.000 gegenüber. Im akademischen Bereich lag die Zahl der Absolventen mit einem MINT-Studium zuletzt mit rund 93.000 zwar über dem für die kommenden Jahre zu erwartenden Ersatzbedarf von

Die MINT-Fachkräftelücke wird wieder größer

So viele MINT-Fachkräfte fehlten in Deutschland



MINT-Experten: meist Akademiker; MINT-Spezialisten: meist Techniker und Meister; MINT-Facharbeiter: meist Ausbildungsabsolventen

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

jährlich 65.000 bis 72.000. Hinzu kommt durch Digitalisierung und Dekarbonisierung bei den MINT-Akademikern aber noch ein jährlicher Expansionsbedarf von 93.000, der somit nicht gedeckt werden kann. Zusätzlich droht sich die Lage zu verschlechtern, weil es immer weniger akademischen Nachwuchs gibt (Grafik):

Die Zahl der Erstsemester in den Ingenieurwissenschaften und der Informatik ist seit 2016/2017 um fast 15 Prozent gesunken, in der Mathematik und den Naturwissenschaften beträgt das Minus 9 Prozent.

• **Dekarbonisierung.** Um das Klima zu schützen, müssen die Unternehmen entsprechende Technologien und Produkte entwickeln – und dafür braucht es MINT-Experten. Vor allem IT-Spezialisten sind gefragt, denn zur Steigerung der Ressourceneffizienz und für die Energiewende ist die Digitalisierung ein wichtiger Hebel.

Rund ein Drittel aller Unternehmen erwartet, dass sich allein zur Entwicklung klimafreundlicher Technologien und Produkte der Bedarf an IT-Experten in den kommenden fünf Jahren erhöhen wird.

Ein weiteres Fünftel rechnet mit einer steigenden Nachfrage nach (Umwelt-)Ingenieuren.

• **Digitalisierung.** Nicht nur für den Klimaschutz ist die Digitalisierung unabdingbar, auch datengetriebene Geschäftsmodelle werden aus Sicht der Unternehmen immer wichtiger. Kleine und mittlere Betriebe tun sich jedoch noch immer schwer damit – über die Hälfte von ihnen gibt als Grund dafür den Mangel an entsprechenden Experten an (siehe Seiten 14–15).

Die steigende Nachfrage insbesondere nach IT-Experten ist keineswegs neu:

Während die Beschäftigung in den MINT-Expertenberufen von Ende 2012 bis Herbst 2021 insgesamt um rund 40 Prozent gestiegen ist, nahm die Zahl der IT-Experten um fast 106 Prozent zu.

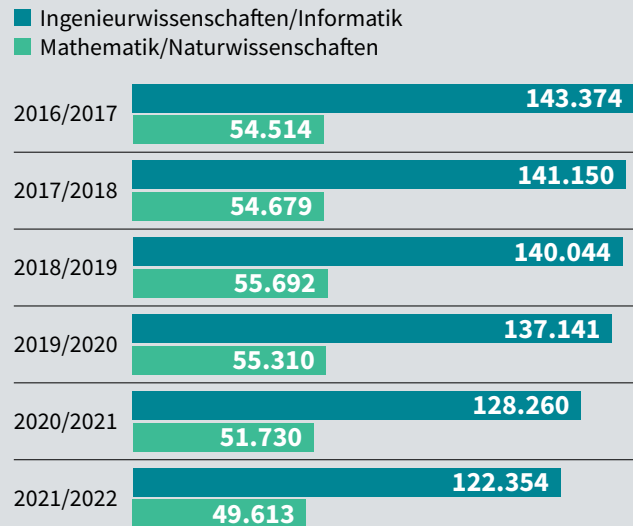
Deutschland steht also bei der Bereitstellung von MINT-Arbeitsplätzen vor einer gewaltigen Herausforderung – und die ist nur mit einem ganzen Bündel an Maßnahmen zu bestehen. Die wichtigsten Stichpunkte:

Digitalisierung der Bildungseinrichtungen voranbringen. Dass die digitale Infrastruktur ausgebaut werden muss, ist eine Selbstverständlichkeit. Darüber hinaus braucht es sowohl für die Administration als auch zur Unterstützung der Lehrkräfte zusätzliche IT-Stellen an den Schulen. Die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer sollte zudem um informations- und computerbezogene Aspekte erweitert und es müssen zusätzliche Weiterbildungsangebote geschaffen werden.

MINT-Bildung stärken. Das Schulfach Informatik muss ausgebaut werden. Dazu braucht es eine entsprechende Ausbildung der Lehrkräfte.

MINT-Fächer: Immer weniger Studienanfänger

Studentinnen und Studenten im ersten Hochschulsemester in Deutschland



Studienjahr 2021/2022: Sommersemester 2021 und Wintersemester 2021/2022

Quelle: Statistisches Bundesamt
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Frauen fördern. In Deutschland entscheiden sich noch immer deutlich weniger Frauen für einen MINT-Beruf oder ein MINT-Studium als Männer. Ein Grund dafür ist, dass sich Mädchen im Vergleich zu Jungen in den MINT-Fächern als schlechter einschätzen – und in dieser Wahrnehmung von den Eltern oft noch bestärkt werden. Um dem entgegenzusteuern, braucht es eine klischeefreie Studien- und Berufsorientierung, Kontakte zu Mentoren und eine Unterstützung in den sozialen Netzwerken.

Zuwanderung vereinfachen. Seit März 2020 bietet das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz auch für die Zuwanderung in MINT-Facharbeiterberufen bessere Regeln. Um diese zu nutzen, müssen die bürokratischen Prozesse vereinfacht werden. Gleichzeitig können durch die Zuwanderung über die Hochschulen Netzwerke in Drittstaaten aufgebaut werden, aus denen sich künftig weitere Experten rekrutieren ließen. Und schließlich gilt es, auch Kinder mit Migrationshintergrund besser zu fördern.

Gutachten

Christina Angel, Enno Kohlisch, Oliver Koppel, Axel Plünnecke:
MINT-Frühjahrsreport 2022 – Deutschland fehlen 320.600
MINT-Arbeitsplätze
iwkoeln.de/mint-frühjahrsreport

Viele offene Fragen

EU-Datengesetz. Die EU-Kommission hat den Entwurf für ein Gesetz vorgelegt, das den Zugang zu Daten und deren Nutzung vor allem durch Unternehmen regeln soll. Die Absicht, das wirtschaftliche Potenzial von Daten in Europa besser zu erschließen, ist lobenswert – in der derzeitigen Fassung könnte das Gesetz allerdings den gewünschten Effekt ins Gegenteil verkehren.

Ob Autos oder Haushaltsgeräte – viele Industriegüter sind dank der eingebauten digitalen Technologien mittlerweile auch Datenquellen. Und diese Daten können ein wertvolles Wirtschaftsgut sein. Können. Doch vor allem kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) haben in vielen Fällen noch nicht das nötige Know-how, um ihren Datenschatz sinnvoll zu nutzen:

Im Herbst 2021 verfügten nur 29 Prozent der vom IW befragten Industrieunternehmen und industrienahen Dienstleister über die Fähigkeit, Daten effizient zu bewirtschaften.

Zudem tauschen nur wenige Firmen Daten untereinander aus.

Im europäischen Vergleich stehen die hiesigen Unternehmen in Sachen Datennutzung sogar noch relativ gut da (Grafik):

Im Jahr 2019 nutzten etwas mehr als 8 Prozent der deutschen Unternehmen Daten für geschäftliche Zwecke – im Schnitt der EU-27 waren es weniger als 6 Prozent der Firmen.

Die Frage, wie Unternehmen dazu bewegt werden können, das Potenzial von Daten besser zu nutzen, stellt sich auch die Politik. In Deutschland läuft dazu ein Projekt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, „Incentives and Economics of Data Sharing – IEDS“, an dem auch das IW beteiligt ist.

Im Rahmen ihrer Digitalstrategie will aber auch die EU das Thema forcieren und so hat die EU-Kommission Ende Februar einen Entwurf für ein Datengesetz vorgelegt, den Data Act. Erklärte Ziele sind, zu gewährleisten, dass die aus Daten gewonnene Wertschöpfung gerecht auf die Akteure der Datenwirtschaft verteilt wird, sowie den Zugang und die Nutzung von Daten zu fördern.

Zu den Schwerpunkten des Data Acts gehört unter anderem, dass Unternehmen als Dateninhaber verpflichtet werden sollen, jene Daten, die bei der Nutzung ihrer Produkte anfallen, an ebendiese Nutzer – oder an Dritte, die von den Nutzern benannt werden – weiterzugeben, wobei große Online-Plattformen als Drittnutzer ausdrücklich ausgeschlossen werden. Bei Data-Sharing-Verträgen will die EU-Kommission eine ausgeglichene Verhandlungsmacht herstellen und dadurch zum Beispiel die Position von KMU stärken.

Vor dem Hintergrund, dass die europäischen Unternehmen nur dann im globalen Wettbewerb dauerhaft mithalten können, wenn sie ihre Geschäftsmodelle an die Möglichkeiten und Anforderungen der digitalen Welt anpassen, verfolgt die EU-Kommission zweifellos ein sinnvolles Ziel. Doch angesichts der oft noch gar nicht existierenden Datenbewirtschaftung kommt für die

meisten europäischen Unternehmen die Verpflichtung zum Data Sharing zu früh. Zudem ist der Data Act in der vorgeschlagenen Version äußerst komplex, sodass vor allem KMU damit überfordert sein dürften, die Regulierungen eingehend zu prüfen und zu erkennen, ob und welche Chancen sich daraus für ihr Geschäft ergeben.

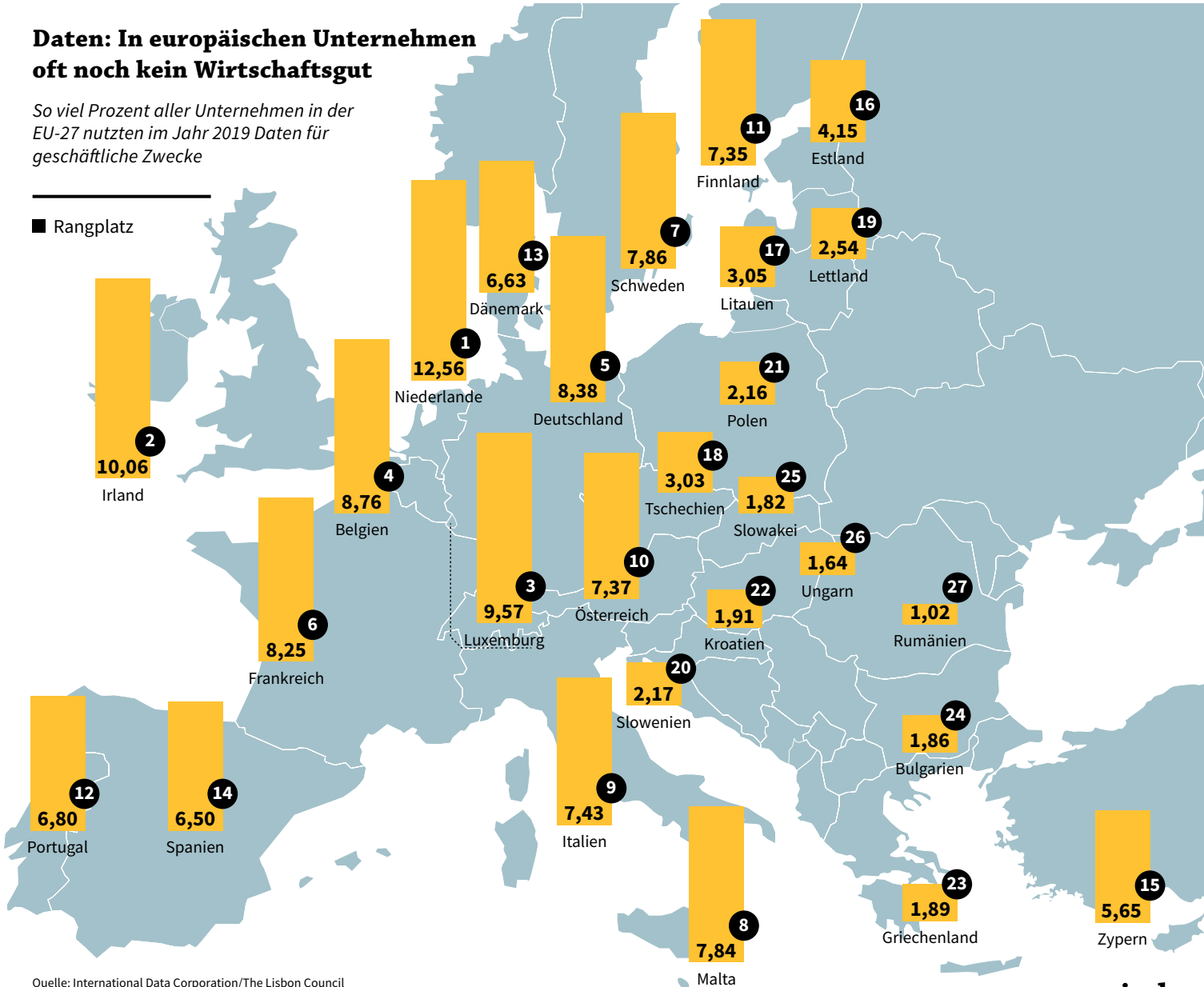
Angesichts dessen sollte der Data Act angepasst werden. Einige wichtige Ansatzpunkte:

- **Ausmaß der Datenweitergabe präzisieren.** Dem Entwurf zufolge sollen Unternehmen Waren und Dienstleistungen so gestalten, dass „die bei ihrer Nutzung erzeugten Daten standardmäßig für die Nutzer einfach, sicher und direkt zugänglich sind“. Wie dies in der Praxis genau funktionieren soll, bleibt ebenso offen wie die Frage, ob die Vorschrift zum Produktdesign auch für bereits auf dem Markt befindliche Güter gelten soll. Hier gilt es, eine präzise und für die Unternehmen tragbare Regelung zu treffen. Sonst besteht die Gefahr, dass die Unternehmen künftig von Innovationen abgeschreckt werden und weniger digitalisierte Produkte auf den Markt bringen.
- **Geschäftsgeheimnisse schützen.** Wenn Unternehmen Daten weitergeben müssen, besteht das Risiko, dass damit auch Geschäftsgeheimnisse offengelegt werden. Wie die Betriebe

Daten: In europäischen Unternehmen oft noch kein Wirtschaftsgut

So viel Prozent aller Unternehmen in der EU-27 nutzten im Jahr 2019 Daten für geschäftliche Zwecke

■ Rangplatz



Quelle: International Data Corporation/The Lisbon Council © 2022 IW Medien / iwd

iwd

davor geschützt werden sollen, ist im Entwurf des Data Acts nicht widerspruchsfrei geregelt. Damit droht nicht nur eine unsichere Rechtslage, es besteht auch die Gefahr eines Wettbewerbsnachteils – zum Beispiel dann, wenn geistiges Eigentum durch die weitergegebenen Daten an Konkurrenten außerhalb Europas abfließt.

• **Kontrollmechanismen verbessern.** Der Data Act erläutert zwar, zu welchen Zwecken an Dritte übertragene Daten genutzt werden dürfen. So ist es Firmen untersagt, auf Basis der von anderen Unternehmen erhaltenen Daten konkurrierende Produkte zu entwickeln. Wie das kontrolliert werden soll, bleibt aber weitgehend offen. Hier muss die EU

nachbessern und dabei auch den Data Act konsistent mit dem Kartellrecht verzahnen.

IW-Policy Paper 2/2022

Vera Demary: Der Data Act – Welchen Rahmen Unternehmen für Data Sharing wirklich brauchen iwkoeln.de/data_act

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · Redaktion: Berit Schmiedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Kamann, Florian Janssen, Alexander Weber
Grafik: IW Medien GmbH · E-Mail: iwd@iwkoeln.de · Bezugspreis: € 12,19/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · Abo-Service: Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · Druck: Henke GmbH, Brühl · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datschutz-iwd@iwmedien.de.



Zahl der Woche

Um  **85,8 Prozent**

stieg die Zahl der in Deutschland hergestellten reinen Elektroautos im Jahr 2021 gegenüber dem Vorjahr. In absoluten Zahlen heißt das: Wurden 2020 hierzulande 176.400 E-Autos produziert, waren es 2021 rund 328.000. Trotz des beachtlichen Zuwachses stellte die deutsche Automobilindustrie auch 2021 überwiegend Fahrzeuge mit klassischem Verbrennungsmotor her – nämlich rund 2,2 Millionen Stück. Das waren allerdings schon deutlich weniger als im Vorjahr, als noch 2,8 Millionen reine Verbrenner vom Band liefen. Doch nicht nur die Produktion von Elektroautos legte kräftig zu, auch der Außenhandel: Im Jahr 2021 exportierte Deutschland mehr als 300.000 reine Elektro-Pkw, das waren 92 Prozent mehr als im Vorjahr und 221 Prozent mehr als 2019. Wichtigste Abnehmer für deutsche E-Autos waren zuletzt das Vereinigte Königreich (49.400), die USA (42.500) und Norwegen (33.600). Und auch bei den Einfuhren gab es einen starken Anstieg: Deutschland importierte im Jahr 2021 mit 292.000 E-Autos fast 76 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Fahrzeuge stammten hauptsächlich aus Frankreich (44.000), der Slowakei (38.200) und den Vereinigten Staaten (35.500). Laut Kraftfahrt-Bundesamt wurden 2021 in Deutschland rund 356.000 reine Elektroautos neu zugelassen, der Bestand an Elektro-Pkw hat sich damit binnen eines Jahres auf 618.000 verdoppelt.

Top-Liste: U-3-Betreuung

Das Coronavirus hat selbst das Leben der Aller kleinsten verändert: Im Jahr 2020 – also dem ersten Jahr der Pandemie – wurden in der EU mehr als 53 Prozent der unter Dreijährigen ausschließlich zu Hause von den Eltern betreut, das waren rund 13 Prozentpunkte mehr als im Jahr zuvor. Besonders eklatant haben sich die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie in Deutschland niedergeschlagen. Während im Jahr 2019 rund 58 Prozent der Kleinkinder nur von den Eltern versorgt wurden, waren es aufgrund der Lockdowns und der elterlichen Vorsicht im Jahr 2020 gut 80 Prozent – die höchste Quote EU-weit. In den Niederlanden dagegen haben nur wenige Väter und Mütter ihr Verhalten verändert: Die Daheim-Betreuungsrate für den Nachwuchs stieg lediglich von 21,2 Prozent im Jahr 2019 auf 21,9 Prozent im Jahr 2020.

Kleinkinder: Wer kümmert sich?

So viel Prozent der unter Dreijährigen in der EU wurden im Jahr 2020 ... betreut

	... ausschließlich von den Eltern	... mindestens eine Stunde pro Woche in einer Kita oder Vorschule
Deutschland	80,1	16,4
Bulgarien	71,8	15,0
Litauen	69,5	16,2
Tschechien	66,3	4,8
Slowakei	63,9	4,8
...		
Frankreich	36,2	57,2
Luxemburg	29,5	63,2
Dänemark	29,1	67,7
Portugal	21,9	53,0
Niederlande	21,9	67,6

Italien: Daten nicht verfügbar
Quelle: Eurostat
© 2022 IW Medien / iwd